

**Bestellungen**  
nehmen an alle Buchhandlungen und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

**Gilial-Organisations.**  
Haupt-Post: Dr. Franz Nordert, 177 Elm Str. corner Broome. — Dr. Hermann Riphart, 248 West — 37 Str.

**Whitabrythia:** Dr. G. H. 308 North 3rd Street.

**A. Gull, N. E. box Charlotte & George Str.**

**John N. J.: Dr. H. Corp. 215 Washington Str.**

**Chicago: Dr. Baeremann, 74 Clybourne Ave.**

**San Francisco: Dr. G. 416 O'Farrell Str.**

**London W.: Dr. G. 37 A Princess Str. Leicester Sq.**

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 60.

Freitag, 24. Mai.

1878.

## Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 80 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12/11, in der Expedition der „Fackel“, H. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6/IV, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsstraße 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditoren: für **Falkenau**, **Reudnitz**, **Neuschönfeld** u. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** u. bei Haderl, Kurze Str. 10 part., für **Alteinschöcher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für **Hörsdorf** bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, **Neuzönitz** bei Hschau, 15 1, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grafenkeim, Aureliustr. 3, für **Hohls** u. bei A. Hermsdorf, Vindenthaler Str. 7, für **Schölkau** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

## Zum „Attentat“.

Berlin, 20. Mai.

H. L. Die Verdrehungen, welche die „National-Zeitung“ an unsern neulichen Artikel vornimmt, übersteigen selbst das bei der liberalen Presse gewohnte Maß.

Jeder Unbefangene konnte in dem Artikel nur die schärfste Verurteilung aller Wahnsinnsakte nach Art des Lehmann schon erkennen, einfach weil das 20mal wörtlich vorkam.

Die „National-Zeitung“ aber sieht, unter sorgfamer Verweigerung der ihr nicht passenden Stellen, darin, daß wir der Ursache des „Verbrechens“ nachgeben und sie, wie die aller Verbrechen, in den gesellschaftlichen Verhältnissen finden, eine Vertheidigung des „Verbrechens“!

Also: Weil wir sagen, die Ursache, daß der Gründungsschwindel i. B. so colossale Dimensionen annehmen konnte, liegt zum großen Theil darin, daß die liberale Presse die Helfershelferin desselben abgegeben, deshalb vertheidigen wir die Grundleide! Das ist eine Logik zum Rad schlagen.

Aus unserm Schlusswort: „Auf die Anklagebank mit euch“, das doch nur bildlich die moralische Verantwortlichkeit der Gesellschaft ausdrücken sollte, liest die „National-Zeitung“ in ihrer überhöhten Phantasie bereits die Bildung eines Revolutionstribunals heraus und meint „das Verweisen auf die Anklagebank“ sei in der Revolutionsgeschichte nur der erste Schritt auf dem Wege zur Exekution. (Guillotine? Huhul)

Daß diese überhöhten Phantasie der „National-Zeitung“ nicht, wie bei den in unserm vorigen Artikel geschilderten Individuen, vom Hunger herrühre; glauben wir getrost annehmen zu können; aber auch die Angst erzeugt sie, haben wir uns sagen lassen. Ebenso gibt es interessirte — Simulanten.

Was aber unsere Behauptung, daß der „Attentäter“ an den „Rodsöhnen“ der bestehenden Gesellschaft hänge, betrifft, so müssen wir, so leid uns das Mißfallen der „National-Zeitung“ auch thut, dabei schon bleiben.

Haben wir auch in jenem Artikel, der unmittelbar nach der „That“, also noch ohne nähere Kenntniss der wirklichen, von den damals verbreiteten so verschiedenen Umständen, der Persönlichkeit, der Vergangenheit u. des „Verbrechens“ geschrieben wurde, vielleicht zu viel der augenblicklichen materiellen Noth, dem Hunger, zu wenig der geistigen und physischen Verwahrlosung des „Attentäters“ von Kindheit auf zugerechnet — das Facit bleibt dasselbe, nein, es wird dadurch nur noch größer: die Schuld trägt die Gesellschaft, deren Produkt das Individuum ist.

Man braucht nur die einzelnen Theile der Lebensgeschichte Lehmann's zusammenzustellen: Unehelich geboren, wird er, nach einer Kindheit, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht immer streng den neuesten Grundsätzen der Pädagogik gemäß geleitet worden, zu 13 Jahren als Landstreicher auf der Heerstraße aufgegriffen und — zur Vollendung seiner Erziehung — in eine Correctionsanstalt gesteckt, — das sind die reinen Bräutigamsstellen für Verbrechen; so mit allen Erfordernissen zu einem tüchtigen Mitglied der Gesellschaft ausgerüstet, wird er dann in die Lehre gethan zu jener Sorte von „Reisern“, mit welchen diese Anstalten in Verbindung zu stehen pflegen und bei denen er den letzten Schluß erhält — man braucht, sagen wir, nur diese einzelnen Theile der Vergangenheit Lehmann's zusammenzufügen und man hat den Lehmann von heute fertig, wie er lebt und lebt.

Die moderne Gesellschaft züchtet das menschliche Unkraut systematisch und wenn dasselbe nachher, wie das so Art beim Unkraut, zuweilen — nicht, dann weiß sie nichts, als mit Ketten und Henkerbeil darüber herzufallen und über die zu wüthen, die sich zu bemerken erlauben, wie die Richter hier vielleicht zugleich ein klein wenig — mitschuldig sei.

Daß Lehmann, herangewachsen, alsbald Sozialdemokrat wurde? Sehr natürlich! Sehr natürlich, daß Jemand, der von der bestehenden Gesellschaft nichts als Böses erfahren hat, sich leidenschaftlich „nein“ anschließt, die eben dieser Gesellschaft, die gemeinsame Feindin, bekämpfen und sie durch eine ersetzen wollen,

in welcher das Glück des Lebens auch für die Lehmmänner da sein soll. Ist ja unsere Partei die „Partei der Enterbten“ und kann schon keine politische Partei nach Art eines Jockeyclubs über jedes aufzunehmende Mitglied etwa erst sorgfältig ballotiren, so kann es unsere noch tausendmal weniger — uns sind alle willkommen, müssen unsern eigensten Grundsätzen gemäß alle willkommen sein.

Und die wohlthätigen Bankiersöhne werden nun einmal nicht Sozialdemokraten. Wir wissen nicht, woran das liegen mag; aber es ist doch einmal so, trotz der „Frankfurter Zeitung“, welche erst neulich wieder fand, wir trieben viel zu viel Klassenpolitik.

Lassen wir übrigens ja erst jüngsthin, welchen starken Anhang die „communistic Lehren“ unter der Gefängnisbevölkerung“ zählen. Haben wir uns dessen etwa zu schämen? Wahrschastig nicht! Uns ist auch der „Verbrecher“ sozusagen ein Mensch und alle, „die mühselig und beladen“ sind, um in dem jetzt so beliebten christlich-sozialen Jargon zu sprechen, gehören naturgemäß zu uns.

Der Anschlag Lehmann's an die Sozialdemokratie und der Eifer, mit dem er sich der Sache hingab, war also gerade der letzte Rest von sittlichem Kern, den ihm die Gesellschaft gelassen und gleichsam die heilsame Reaktion gegen die eigene Verkommenheit, das einzige Erbtheil, das ihm die Gesellschaft mit auf den Weg gegeben.

Den Sozialdemokraten Lehmann können wir uns darnach in Gottes Namen ruhig gefallen lassen — wären nur erst alle Lehmmänner Sozialdemokraten! Dann sollte es bald keine Lehmmänner mehr geben!

Aber Lehmann, der Bastard, Lehmann, der 13jährige Vagabund, Lehmann, der Zögling der Correctionsanstalt, Lehmann, der Dieb, Lehmann der Ausgepeitschte (er bekam im Leipziger Gefängnis Rutenhiebe), Lehmann, der Syphilitische, Lehmann, der rothe Gewaltsmensch, Lehmann, der leidenschaftlich Verbitterte und Exaltirte, Lehmann, der 21jährige Lebensüberdrüssige, Lehmann, der „Attentäter“, Lehmann, der frech-trochige Untersuchungs-Gefangene — das ist euer Kunstprodukt, ihr Herren, der hängt an euren Rodschöhen — und dabei bleibt es!

Daß schließlich der Sozialdemokrat Lehmann mit dem verkommenen Subjekte Lehmann in Conflict geriet und letzteres die Oberhand behielt, daß sich die edlen und großen Lehren des Sozialismus in diesem Hirn zu solcher Carratur verzerrten konnten, das beweist wohl, wie dauerhaft und unzerstörbar die Gesellschaft ihren Produkten ihren Fabrik-Stempel aufzudrücken versteht, beweist aber gar nichts gegen jene edlen und großen Lehren.

Dieselbe goldene Saat, die auf fruchtbaren Boden ausstreut, die nähere Brodfrucht erzeugt, muß, in den Sumpf geworfen, in Faulnis übergehen. Hört sie deshalb etwa auf, die goldene Saat zu sein? Nein. Die Schuld liegt an denen, die den Sumpf bestehen ließen, wo fruchtbarer Boden sein sollte.

Oder sprechen wir mit unserm Herwegh: „Reint ihr, es solle der Mann das Licht aus Kerger verbannen,

Weil sich den Fittig eine schwärmende Räde verjengt?“

Doch genug davon. Das gestehen wir gerne, daß wir in jenem Artikel die Sache noch viel zu tragisch behandelten. Aber was will man — man hatte uns in jenen ersten Tagen förmlich verwirrt gemacht und unter der Wirkung jener aufgeregten Stimmung war er geschrieben.

Mit jedem Tage schlägt jetzt aber die Sache mehr zur Bosse über. Besonders klar und — heiter zeigt sich das Einfältige und Sinnlose des ganzen Dummenjungenstreichs an dem gewählten Werkzeug, dem „Revolver“, der sich offenbar weit mehr zur Appicirung eines Klysters, als zum Todtschießen eignete.

Und daß der Rod-Attentäter trotz viermaligen Schießens aus nächster Nähe keine Seele verwundete? Und daß von den Kugeln keine Spur da ist? (Denn was von der neuerlichen Zeitungsnachricht, „man“ habe jetzt eine Kugel im Sande aufgefunden, zu halten ist, wissen wir ja.)

Vielleicht giebt uns die nachfolgende drollige Geschichte einige Aufklärung über das Harmlose der Schieberei. Ein Feilenreißer des „Berliner Tageblatts“ berichtet, er habe jene Trödelerin, bei welcher Lehmann seinen „Revolver“ kaufte, interviewt. Diese erzählte ihm, es sei bei ihr Geschäftsbesuch, verdächtigen Personen (Spitzbuben, Selbstmörder u. c.) „taube“ Patronen mitzugeben. Ferner berichtete sie speziell betreffs Lehmann's, dieser habe den Preis von 8 Mark zu hoch gefunden (auch noch?) und erst als sie ihm die Gratiszugabe von 25 Patronen bewilligt, sei er auf den Handel eingegangen. Sollte nun Frau Rehlis, tüchtige Geschäftsfrau wie sie ist, die 25 Patronen, die sie „für naß“ hingeben mußte, nicht gleichfalls unter den gewiß billigeren „tauben“ hervorgeholt haben, um so mehr, als ihr unser Geselle auch nicht besonders „kaufsch“ vorgekommen sein mag?

Na, na — wer weiß! Wir glauben, die gute Frau Rehlis könnte uns hier über Gottes wunderbare Fügung Einiges erzählen.

So schrumpft der Elefant, den man uns vorführen wollte, immer mehr zu dem zusammen, was er in Wahrheit ist — zur Räde.

Man hätte den verrotteten Burken einfach in eine Correctionsanstalt sperren sollen, aber in eine bessere als die, welche ihn zu Dem „corrigiri“ hat, was er ist.

Aber — die Räde soll eben durchaus ein Elefant sein! Solch kostbare Gelegenheit, die Ausnahmgesetze, mit denen man ja schon bei der ersten Gelegenheit „wiederkommen“ versprach, aus dem Pult hervorzuholen und so auch das letzte Freiheits-

talglücklichen, das im lieben Deutschland noch fortqualmt, auszulöschen, findet sich nicht alle Tage.

Dieser Kortimer schoß auch sehr gelegen!

Mit den bisherigen Erfolgen auf dem Gebiete der sozialistischen Propaganda noch nicht zufrieden, sinnt man voll edlen Eifers für die Sache auf neue Mittel zur noch raschern Förderung derselben. Und wie kann man das besser erreichen, als durch noch ärgere Verfolgungen wie bisher?

Wenn wir nur wüßten, wodurch wir gar so viel herzliche Theilnahme, Liebe und Freundschaft verdient haben, und wie wir das alles jemals zu vergelten hoffen können? Man setzt uns wirklich in Verlegenheit! Nein, was zu viel ist, ist zu viel!

Im Ernst gesprochen: Unser armes Deutschland geht mit dem Schredensregiment, das man da jetzt inauguriren will, trüben, trüben Zeiten entgegen! Würde man das bedenken, bevor man diesen Rubikon überschreitet, hinter dem vielleicht, gerade wie bei jenem ersten Cäsar, der Bürgerkrieg lauert.

Wir wollen nichts weiter und unsere Blätter, unsere Verhandlungen zeigen es zur Genüge, wie unser Sinnen und Trachten nur darauf geht, für unsere Anschauungen über eine neue Organisation der menschlichen Gesellschaft friedliche Propaganda zu machen.

Lasse man uns doch ruhig diesen unsern ruhigen Weg gehen. Sind unsere Ideen wirklich so „hinterbracht“, nun, dann muß und wird sie das deutsche Volk schließlich juristisch aufweisen, wenn man nicht etwa annehmen will, dasselbe bestche aus lauter „Hinterbrachten“ und die einzigen vernünftigen Leute seien die Geheimen Räte in der Wilhelmstraße in Berlin.

Lassen wir also die Thatsachen sprechen, denen gegenüber aller Wortschwall ja nur eitel Dunst ist. Und — kämpfen wir mit gleichen Waffen! Wenn aber der Eine mit Rede und Feder, der Andere mit — Säbel und Klinge auf dem Plan erscheint, dann muß ja auch jener erste schließlich seine Waffen wechseln, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Vor Allem hat das Bürgerthum, das jetzt das Jünglein der Wage bildet, auf dessen Zustimmung es ankommt, hier eine schöne, weltgeschichtliche Gelegenheit, zu zeigen, ob es der besseren Grundzüge der Väter noch ein wenig eingedenk ist, oder ob ihm die Angst um den Geldsack bereits alle Grundzüge und alle Besinnung gekostet hat. Principiis obsta! heißt es heute.

Um in der Geschichte zu finden, wohin eine Gewalttherrschaft nach Art der drohenden führt, dazu braucht unser Bürgerthum nicht weit zu gehen. Es braucht sich nur der eigenen Jugend zu erinnern. Kann, wird es dieselbe so ganz verleugnen?

Man sieht, wir sind noch immer naiv genug, zu — glauben. Und das trotzdem z. B. die „National-Zeitung“ heute bereits mit allerlei „Wem“ und „unter Umständen“ kommt und gerade an unsern neulichen Artikel verschiedene Betrachtungen knüpfte, die von der Regierungspresse mit Wohlgefallen abgedruckt wurden, und trotz der — dritten Verleugnen.

Wäge unser guter Glaube nicht getäuscht werden, im Interesse, zum Wohl eben jenes Deutschlands, dessen Kinder wir ja schließlich doch Alle sind!

## Das Attentat und die Sozialdemokratie.\*)

1 Es ist nun mehr als eine Woche vergangen, seit der kaum zurechnungsfähige Klempnergeselle Hödel die Wodwaffe — glücklicherweise ohne Erfolg — auf den Kaiser abgeschossen hatte, und noch sind alle Blätter mit Attentatsartikeln gefüllt. Uebereinstimmend preist man das Geschick, das die Person des Monarchen vor dem Dubsensack eines Glenden schützte; man ist einzig in der Verurtheilung der That, allein in den Conjecturen über die Motive zu derselben zeigt sich die größte Verschiedenheit. Christlich-Soziale und vor allen Sozialdemokraten werden von den Preshängern der Offiziösen und Rationalliberalen hauptsächlich als Sündenbock für die schmutzige That eines Einzelnen benützt. In leichtfertiger Weise scheuen sich sonst geachtete Blätter nicht, ganzen Parteien die moralische Mitschuld an dem Verbrechen aufzubürden und beantworten die psychologisch noch nicht gelöste Frage nach den Motiven der Handlung mit einer ungerechtfertigten Schmähung des Sozialismus resp. der Christlich-Sozialen. Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß einzelne Führer der Sozialdemokraten den Kampf der Ideen auf das persönliche Gebiet übertragen; daß die Klassen unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda eine wesentlich veränderte Ansicht von der Monarchie und ihrem Träger gewinnen, daß zuweilen der Grundsatz des alleinigen Widerstandes auf legalem Wege, obwohl oft genug ausgesprochen, umgangen wird; daß die Verherrlichung der Pariser Commune zum mindesten eine sehr bedenkliche Concession an den Gedanken einer gewaltthätigen Errichtung eines Zukunftsstaates ist; aber hieraus zu folgern, daß der Sozialismus an sich der moralische Urheber des Hödel'schen Attentates sei, ist zum mindesten sehr gewagt.

Vor allen Dingen ist es festzuhalten, daß es zu allen Zeiten Attentäter gegeben hat; ehe man an den modernen Sozialismus dachte, haben die Römer, die Brutus und Cassius, die Ravallac die Wodwaffe gegen den Herrscher erhoben. Und keineswegs

\*) Wir bringen diesen lehrreichen Artikel, welcher der fortschrittlich-gemeinnützigen „Leipziger Volkszeitung“ von einem bekannten achtbaren Manne zugegangen ist, um den Lesern zu zeigen, daß sich auch unter den Rationalsozialdemokraten Solche befinden, die vernünftig genug sind, nur irgendwelchen Zusammenhang des Lehmann'schen „Attentats“ mit der Sozialdemokratie für absurd zu erklären. Sont aber brauchen wir wohl kaum erst hervorzuheben, daß verschiedene Ausführungen des Verfassers in Bezug auf die politische Stellung des Sozialismus von mangelndem Verständniß zeugen. H. d. „S.“

waren es Vertreter der demokratischen Ideen, welche durch ein Verbrechen den Staat zu retten" gedenken; die römische Aristokratie stand hinter Brutus und Cassius, die Priester hinter Navailles. Sind diese Parteien deshalb mit den Verbrechern zu identifizieren? Die Tyrannen der griechischen, italischen und sizilischen Städte waren meistentheils in ihrem Kampfe gegen die Adelsgeschlechter auf das niedere Volk angewiesen und begünstigten dasselbe darum in gewisser Weise, ähnlich wie das zweite französische Kaiserreich mit demokratischen Formen buhlte, um der Menge Sand in die Augen zu streuen. So war es natürlich, daß die meisten Tyrannenmorde nicht vom Volke im engeren Sinne des Wortes, sondern vielmehr von den „besseren Klassen“ ausgingen. Das dürfte zur Genüge beweisen, daß die That des Hödel nicht als eine notwendige Folge der sozialistischen Anschauungen (wenn, was noch zu beweisen, von solchen die Rede sein kann) zu betrachten ist.

Ueberhaupt könnte, wenn wir rein politische Motive bei dem Attentäter voraussetzen, nur ein erregter Republikaner à tout prix den Mordversuch begangen haben. Haben wir es mit einem solchen zu thun? Ist in demselben Hödel, welcher die Schriften und Traktate der Christlich-Sozialen, einer streng monarchischen Partei, colportierte, ist in ihm der republikanische Gedanke in der That dergestalt zur fixen Idee geworden, daß er zum Verbrechen keine Lust hat nehmen mußte? Man wird uns antworten, der Thäter sei doch jedenfalls durch das Lesen der sozialdemokratischen Schriften, durch das Hören ihrer Agitatoren und eigenes Wirken in der Partei, wenn nicht geradezu bewogen, doch angeregt. Wir wollen auch darauf antworten.

Der deutsche Sozialismus ist, soviel wir wissen, niemals mit dem republikanischen Programm hervorgetreten. Die Eigenschaften, welche seine Führer, wenigstens zunächst, anstreben, sind fast lediglich volkswirtschaftlicher Natur, sie haben mit der Form des Staatswesens, in soweit politische Momente in Betracht kommen, wenig oder gar nichts zu thun. Ja, wir gehen noch weiter zu behaupten, daß der Sozialismus (selbst angenommen, seine Vertreter erstrebten die streng soziale Republik mit der Monarchie sich ganz wohl vertragen könne. Beweis dafür die noch nicht lange aufgetauchte christlich-soziale Partei, die und vielleicht gerade in ihren namhaftesten Vertretern eine eigenthümliche Mischung von Communismus und Absolutismus repräsentirt; Beweis dafür die der Anarchie anhängenden Communisten, welche den hauptsächlich in Deutschland vorherrschenden Marxisten den Mangel an republikanischer Gesinnung vorwerfen und sich selbst als die Vertreter der wahren Freiheit geriren. Man erinnere sich hierbei eines literarischen Streites zwischen der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Vorwärts“ gelegentlich der letzten Deputirtenwahlen in Frankreich. Die „Frankfurter Zeitung“ sprach ihre Freude darüber aus, daß auch die Sozialisten mit den Republikanern gemeinschaftlich Front machten gegen die Reaktion der Macmahonisten. Der „Vorwärts“ belächelte die „Schwärmerin für die Republik um jeden Preis“, wie er die „Frankfurter Zeitung“ benannte, warf die „elende Bourgeois-Republik“ in einen reaktionären Topf mit dem bonapartistischen Kaiserreich und verhöhrte die französischen Radikalen, weil sie Hand in Hand mit den Republikanern anderer Schattirungen gingen. Wir glauben nun, der Umstand, daß der „Vorwärts“, das leitende Organ der Partei, eine so geringe Meinung von dem Werthe der republikanischen Staatsform an und für sich hegt, spricht mehr für die Schuldlosigkeit der Sozialdemokratie an dem Verbrechen, als die derzeitigen Vertheidigungsstriden des Blattes, die mit lässlicher Sophisterei und gänzlichem Mangel an Logik (!), nun gar den unglücklichen Nationalliberalen den Attentäter an die Rostschöpfe zu heften trachten.

Man müßte die derzeitigen Führer der Sozialdemokratie zugleich für Dummköpfe und für Verbrecher halten, strebten sie überhaupt danach, auf eine solche Weise den Willen des „Volkes“ oder der „Proletarier“ zu verwickeln. Wer in den letzten Jahren nicht politisch geschlafen hat, muß zugeben, daß eine systematischere und regelrechtere Erbauung einer Partei nicht leicht beobachtet worden ist. Können wir nun ihr, der vollkommen bewußt geleiteten, ohne uns lächerlich zu machen, den Vorwurf in's Gesicht schleudern, sie habe ihre Zeit, ihr Geld, ihre ungeheuren Anstrengungen und schließlich sich selbst durch ein Verbrechen auf's Spiel setzen wollen? Können wir ihr den geradezu stumpfsinnigen Plan andichten, sie habe heute eine soziale (und politische) Ummwälzung beabsichtigt, während der „Vorwärts“

voran und die kleinen Lokalnachbete in der Provinz hinterher hundertmal und mehr gepredigt haben, die goldene Zeit des Zukunftsstaates sei noch nicht gekommen, nur durch jahrelange Arbeit und Kämpfe sei das Ideal zu erlangen? Müßen wir nicht vielmehr — und das müßen sich alle Die merken, die jetzt mit Augenverbrechen den Sozialismus als eine Verbrecherschule hinstellen — müßen wir nicht vielmehr geradezu anerkennen, daß keiner Partei ein schwererer Schlag zugefügt werden konnte, denn der sozialistischen, als der große Kaiser von Mörderhand bedroht wurde? Daß gerade die Sozialdemokratie bei ihrem radikalen Programm wie keine zweite es nöthig hat, eine gewisse Reinheit und Moralität ihrer Absichten zu betonen? Und wenn wir dies zugeben, müßen wir dann nicht logischer Weise ferner zugestehen, daß die Führer der Partei (abgesehen vom moralischen Standpunkt) aus bloßen Klugheitsrücksichten den Mordversuch Hödel's verurtheilen und verdammen, ihn auch verhindert haben würden, wenn es in ihrer Macht gestanden hätte?

Die Aufregung über die That hat sich nach und nach gelegt. Ihr war es zuzuschreiben und ihretwegen war es zu verzeihen, wenn ein großer Theil der nichtsozialistischen Presse sofort den politischen Mordmord als eine Folge der sozialistischen Anschauungen hinstellte. Aber jetzt, wo sich die hochgehenden Wogen der Entrüstung legen, ist es auch an der Zeit, daß die wunderlichen Blasen verschwinden, die in der Tagesliteratur aufsteigen. Die Gerechtigkeit erfordert, daß wir eine Partei, der unbestreitbar ehrenwerthe Männer angehören, nicht mit einem Verbrecher identifizieren, etwa weil derselbe ihr angehört habe. Thatsache ist, daß Hödel nicht nur sozialistische, sondern auch christlich-soziale Schriften verbreitet hat; Thatsache ist ferner, daß er in Leipzig gegen die Sozialdemokratie conspirirt und mit Nationalliberalen in Verbindung gestanden hat; (Also bestätigt! Red. d. „V.“) endlich, daß ihn die sozialistische Partei förmlich ausstoßen hat. Nachdem sie aber dies gethan hat, kann sie mit vollem Rechte sagen: „Wir haben mit Dir nichts zu thun, weder mit den Karrenstreichen, die Du begangen hast, noch mit den Schurkenstreichen, die Du begehen wirst.“

### Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 18. Mai fand die dritte, also die entscheidende Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle statt. Unter dem Banner der Regierung scharte sich bei der Abstimmung über das Verbot der Sonntagsarbeit der gesammte Liberalismus. Während nämlich die Conservativen, das Centrum, Polen und Sozialdemokraten vereint für das Verbot der Sonntagsarbeit, wenigstens in Fabriken und auf Bauten, eintraten, stimmten die Nationalliberalen und Fortschrittler gegen das Verbot, es der freien Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeiter überlassend, an Sonntagen zu arbeiten oder nicht. Die Liberalen trugen mit einer Stimme Majorität (132 gegen 131) den Sieg davon. Der klassische Ausdruck in der Regierungsvorlage, die also wieder hergestellt worden ist, lautet: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten.“ — Die Gewerbetreibenden können überhaupt die Arbeiter niemals zum Arbeiten verpflichten; dies thut eine andere Macht: der Hunger, welcher in das ganze System der freien Vereinbarung mit grauem Hand einen klaffenden Riß macht. Und so geschieht es auch bei vorliegendem Falle. Wenn ein Arbeiter keine Lust hat, an einem Sonntage zu arbeiten, an dem der Gewerbetreibende den Wunsch äußert, zu arbeiten, so kann der letztere den ersteren allerdings nicht zwingen, aber er kann dem Arbeiter am andern Tage, ohne einen Grund anzugeben, die Kündigung zugehen lassen; der Gewerbetreibende kann sogar gleich bei der Einstellung des Arbeit suchenden Arbeiters erklären, daß die Einstellung nur unter der Bedingung erfolgen könne, daß auch Sonntags gearbeitet werden müsse. Endgültig also zwingt der Hunger den Arbeiter also trotz seiner Freiheit zur Sonntagsarbeit. — Gegen diesen Tyrannen, den zwingenden Hunger, haben die Sozialdemokraten Front gemacht, als sie das gesetzliche Verbot der Sonntagsarbeit befürworteten; die Liberalen aber haben im Namen der Freiheit die Arbeiter dem grauen Tyrannen auch des Sonntags zum Opfer gebracht, — ihnen war es nicht genug, daß die Arbeitskraft sechs Tage in der Woche ausgebeutet werde, sondern auch am siebenten Tage, am Sonntage, mußte das Menschenfleisch auf dem Altare des

Mammons geopfert werden. Und diese Leute reden gar noch davon, daß die Sozialdemokraten Religion und gute Sitte befämpften!

Nach § 119 beantragen die Sozialdemokraten folgenden neuen Paragraphen einzufügen:

„Gewerbetreibender, welche für eigene Rechnung oder durch dritte Personen (Werkführer, Ausgeber, Commissionäre u. dgl.) Webwaren, Phantastartikel aus Wolle, Seide, Baumwolle, Pflanzenfasern, Haaren, Gespinnnen u. c., sowie aus dergleichen Stoffen bereitete Garne (Spinnstoffe) in und außer dem Hause bei Gewerbetreibenden, Arbeitern und Arbeiterinnen verarbeiten lassen, sind verpflichtet, jedem Beschäftigten bei Uebergabe der Materialien einen schriftlichen Arbeitsvertrag („Schluß- oder Musterzettel“) einzuhändigen. Der Vertrag (Schlußzettel u. c.) muß enthalten: 1) den Namen des Arbeitgebers; 2) Ort und Zeit der Materialübergabe, sowie den Namen des etwaigen Vermittlers (Faktors, Ausgebers, Commissionärs u. c.); 3) alle zur richtigen Fertigung der Waare nöthigen Ausführungsvorschriften in unzweideutiger, klarer und verständlicher Sprache; 4) die Lohnangabe für ein bestimmtes Quantum Waare; 5) Bestimmungen über die etwaigen Vermittlungsgebühren der Faktore, Ausgeber, Commissionäre u. c.; 6) Angabe der Stranzahl und des Gewichts der zu verarbeitenden Garne und Stoffe. Nicht nach Vorschrift gelieferte Waaren hat der Gewerbetreibende oder sein Vertreter (Factor, Commissionär) im Streitfalle unverzüglich dem Gewerbegericht oder der nach § 19 sonst zuständigen Behörde vorzulegen, welche innerhalb acht Tagen den Streitfall zu erledigen hat. Nur die Gewerbegerichte (beziehentlich Behörden nach § 19) sind befugt, Lohnabzüge für schlecht gearbeitete Waare zu verfügen; diese Abzüge dürfen den dritten Theil des Arbeitslohnes für die fertige Waare nicht übersteigen. Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Ziffer 3 bestraft.“

Der Abg. Bloß, der diesen Antrag vertheidigt, bemerkt: Es handelt sich hier um einen Uebelstand von ziemlich allgemeiner Natur, der häufig zu einem wahren Ausbeutungssystem ausgebildet worden ist. In gewissen Weberdistrikten steht zwischen dem Arbeiter und Arbeitgeber noch eine Zwischenperson, ein Commissionär, der die Verträge mit den Arbeitern schließt, die gelieferten Arbeiten prüft und bei Fehlerhaftigkeit dergleichen Abzüge macht, die sich oft auf einen ganz beträchtlichen Theil des Arbeitslohnes belaufen. Durch unsern Antrag soll für dieses Verhältniß eine Rechtsbasis geschaffen werden, damit den Willkürlichkeiten möglichst gesteuert werde.

Nachdem der sozialdemokratische Antrag natürlich abgelehnt worden war, werden die weiteren Paragraphen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen. Das Gesetz ist also in der dritten Lesung noch verschlechtert worden und zwar durch den Liberalismus, nachdem wir schon glaubten, daß es schlecht genug für die Arbeiter sei.

— Der Bundesrath nahm in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. mit allen Stimmen gegen die Hessens, Bremens und Hamburgs den Entwurf des Gesetzes gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie an, jedoch unter Ablehnung des § 6, der, wie bekannt, dem Rauschulparagrafen (130) der vom Reichstag früher abgelehnten Strafnovelle sehr ähnlich sieht. Nach § 6 wird nämlich derjenige, der öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der in § 1 bezeichneten sozialdemokratischen Ziele die bestehende rechtliche oder sittliche Ordnung zu untergraben, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Im § 1 sind die „sozialdemokratischen Ziele“ näher präcisirt worden und zwar unter Heranziehung der im § 6 enthaltenen Bestimmung „Untergrabung der rechtlichen oder sittlichen Ordnung“. Solche Druckschriften und Vereine können vom Bundesrath verboten werden. Die Vorlage gelangte in dieser Gestalt gegen 4 Uhr zunächst ohne Motive an den Reichstag. Die Motive werden im Laufe des Abends erwartet. — Die Beratungen werden am Mittwoch oder Donnerstag ihren Anfang nehmen.

— Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags (Verichterfasser Abg. v. Pattinamer-Sorau) hat über die Wahl im schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Altona) Bericht erstattet. Es handelt sich um die Wahl des Professors Karsten in Kiel, dessen Gegencandidat unser Parteigenosse G. W. Hartmann in Hamburg war. Ersterer erhielt bei der engeren Wahl 14,125, Letzterer 12,815 Stimmen. Gegen dieses Ergebnis sind eine

### Der Professor Biedermann und der Redakteur Biedermann.

Von allen Zeitungen im ganzen deutschen Reiche giebt sich die in Leipzig unter der Redaktion des Herrn Biedermann stehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die größte Mühe, den Attentäter Lehmann der Sozialdemokratie anzuhängen. Wenn gleich dies nun in jenem Blatte nicht durch Originalarbeit geschieht — Originalarbeit existirt in dieser Zeitung eben nicht — so arbeitet doch die Scheere mit großem Geschick und trägt in Bezug auf das kindisch-freche Attentat aus allen, selbst den albernsten und schamhaftesten Berliner Lokalschlägern diejenigen Nachrichten sorgfältig zusammen, welche geeignet sind, die gesammte Sozialdemokratie zu verächtigen und für das Verbrechen eines Einzelnen und gar noch eines Verächtlichen verantwortlich zu machen. Schmunzelnd freut sich der Redakteur Biedermann solcher freiheitsmörderischen Arbeit, welche mit dazu beigetragen hat, die rothe Reaktion herauszubekämpfen.

Da plötzlich tritt der Professor Biedermann zu dem Redakteur Biedermann und sagt: „Du bist ein Taugenichts, du hast nichts gelernt, steh' einmal deine Nase in ein vernünftiges Geschichtswerk oder noch besser, hör' einmal ein Colleg bei mir, dann wirst du einsehen, was du für dummes Zeug für dein Blatt zusammenheerst.“

Der Redakteur Biedermann nimmt sich diese Lektion zwar zu Herzen, doch denkt er bei sich: „Du willst doch einmal ein Colleg des Professors hineingeben und hören, was denn der Mensch vom Rathgeber herunterschwätzt.“

Gedacht — gethan. Mittwoch den 15. Mai besuchte also der Redakteur Biedermann das Colleg des Professor Biedermann, welcher gerade Geschichte las. Da hörte er:

„Es ist ein großes Unrecht, welches die Parteileidenschaft begeht, wenn man eine ganze Partei verantwortlich macht für die That eines Einzelnen; so war es bei der Ermordung des Herzogs von Berry, die man den Bonapartisten ungerechterweise in die Schuhe schob, so war es bei der Ermordung Rogebue's, für welche man die deutsche freiheitsliebende, studirende Jugend verantwortlich machte und eine infame Verfolgung gegen dieselbe in Scene setzte. Hinter Kerkerthüren fand man diejenigen jungen Leute wieder, welche für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes in hoher Begeisterung entbrannt waren. Infam nenne ich nochmals alle diejenigen, welche solche Hege

dadurch möglich machten, daß sie die an und für sich schuldige That eines Einzelnen einer Partei oder einer ganzen Bevölkerung aufbürdeten.“ (Einige unterdrückte Rufe bei den Studenten: Lehmann! Hödel!)

So ungefähr sprach der Professor Biedermann zu Leipzig im Colleg am 15. d. M.

Der Redakteur Biedermann schüttelte beim Nachhausegehen den Kopf und murmelte: „Der alte Herr ist ja völlig unzurechnungsfähig geworden; er vertheidigt vor der studirenden Jugend, die so schon den verderblichen Irrlehren der Sozialdemokratie vielfach verfallen ist, geradezu die Sozialdemokratie, er schült lehrt vor dem Verdachte, daß sie die Urheberin jenes schrecklichen Attentats auf unsern vielgeliebten Kaiser sei. Schrecklich, was so ein Professor schwätzt.“ — „Doch her jezt, geliebte Scheere, du eble Trösterin des Redakteurs“, so sprach der Redakteur Biedermann, als er zu Hause angekommen war weiter, „her jezt, um den Unsin des Professors zu nichte zu machen. Da ist ja gerade die „Berliner Tribüne“, allerdings ein Blatt, welches ein anständiger Mensch nicht in die Finger nimmt, aber es versteht zu schimpfen, zu verleumden und zwar aus dem ff — her also damit.“

Die Scheere arbeitete gewaltig; der Saperlehrerling schmunzelte, als er nur „gedrucktes Manuscript“, welches sich bekanntlich besser lesen läßt, erhielt; der Redakteur Biedermann aber lehnte sich ermüdet von dieser harten Arbeit in sein Fauteuil zurück und murmelte: „Nun ist die Sozialdemokratie trotz dieses Demagogens, dieses dummen Professor Biedermann, völlig vernichtet.“ —

Doch jezt wollen auch wir schließen in der Hoffnung, unsere Leser durch diese Biedermannerei nicht gelangweilt zu haben.

— Wo sind die Königs- und Mordmörder zu suchen? Landauf und Landab heult die ganze reaktionäre Meute jezt von dem beliebten Thema, daß bei den Sozialisten die Königs- und Mordmörder großgezogen würden, und man mag das noch so blödig widerlegen — die heuchlerische Rote nimmt eben keine Notiz davon. Darum wollen wir den frommen Kumpanen der „Post“, „Norddeutschen Allg. Zig.“ und „Kreuzzeitung“ einmal ein Gericht aus ihrem Eigenn aufstischen, das den Herren wohl nicht sonderlich behagen wird.

Machen wir die Sache kurz: während auf gegnerischer Seite behauptet wird, der Mangel an Religion trage Schuld an

dem Attentat, an der Sittenerwilderung, glauben wir den Nachweis führen zu können, daß gerade in der Bibel, und an mehr als einer Stelle, der Mordmord und der Königsmord als hochverdienstliche Thaten gepriesen werden.

Schlagen wir auf Buch der Richter, Cap. 3, Vers 12—23, so finden wir eine Erzählung, wie Ehud den König Eglon von Moab während einer ihm gewährten freundschaftlichen Unterredung unter vier Augen meuchlings erschlug und ob dieser That im Vers 15 als von Gott gesendeter Ketter gepriesen wird.

Im Buche Richter, Cap. 4, V. 17—21 wird erzählt, wie der stüchtige Feldherr Sifra bei der Frau Jacl Schuz sucht, diesen zugesagt erhält und dann im Schlafe von den Händen dieser Frau meuchlings seinen Tod findet. Das Mordweib, welches in solcher Weise das Galtrecht entehrt, wird dann in Cap. 5, V. 24—27 im Siegeszuge der Deborah noch in begeisterten Tönen besungen und hochgelobt.

Im 2. Buch der Könige, Cap. 9, V. 8—10 wird ein Unterfeldherr des Königs Achab von einem Prophetenjünger insgeheim zum Gegenkönig gefalbt und mit dürren Worten aufgefordert, das ganze Haus seines Herrn zu erschlagen, welchem Befehle der Verchwörer auch bei der ersten passenden Gelegenheit getreulich nachkommt.

Doch genug der bluttriefenden Beispiele! Wir fragen nur: Hat man angesichts dieser Stellen noch die Redlichkeit, bei uns Königsmörder zu suchen und zu behaupten, in unseren Reihen werden solche wahnsinnige Ideen ausgebrütet? Waren die Navailles, die Jaques, Clement etwa Sozialdemokraten, war es vielleicht der heuchlerische Oliver Cromwell? Wir sind in der That begierig, die Antwort der Frommen zu vernehmen.

— Eine Reminiscenz. Simson contra Bismard. Der Präsident des ersten deutschen Reichstages, Herr Simson, der doch gewiß nicht im Geruche grundloser Opposition oder Regierungsindolenz steht, äußerte sich gelegentlich der Westens-Affaire im preussischen Abgeordnetenhaus über die Regierungskunst des Ministeriums Bismard mit folgenden Worten:

„Mit dieser Art der Regierung (auf wie persönlich edlen und patriotischen Motiven ihre Methode beruhen mag, was ich nicht weiß) ist schlechterdings unverträglich, was der Freiheit auch nur entfernt ähnlich sieht. Die Herren können nicht regieren, so gern sie es auch wollen möchten, mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammenkunft der Gerichte und sollte dadurch das Ansehen der

Reihe von Protesten eingelaufen wegen zu spät bekannt gemachter Verlegung der Wahllokale u. dgl. m. Die Commission beantragte, der Reichstag solle beschließen, 1) die Wahl des Professors Karsten für gütlich zu erklären, 2) den Herren Reichskanzler zu ersuchen: dafür Sorge zu tragen, daß dem Magistrate von Altona wegen seines (im Verichte gekennzeichneten) Verfahrens die geeignete Beurlaubung erteilt werde. — Im Plenum des Reichstags wird die Wahlprüfung in dieser Session schwerlich mehr vorkommen.

— Halbe Erkenntnis. Die „National-Zeitung“, welche in Bezug auf das „Attentat“ eine geradezu niederträchtige Haltung gegen die Sozialdemokratie angenommen hat, ist durch die Vorlage der Ausnahmengesetze doch etwas verschnupft geworden. Sie schreibt:

„Niemand bestreitet die Gefährlichkeit der sozialistischen Doctrin, aber jeder, der ihre Entwicklung beobachtet, wird lieber offen, unter freiem Himmel mit ihr kämpfen, als sie zu der Minorarbeit zwingen wollen, die unvergleichlich sicherer und unmerklicher uns den Boden unter unseren Füßen untergräbt. Verdrängt man den Sozialismus vom Tageslicht, so würde heimlich wie ehemals der Hundschuh von Dorf zu Dorf und die Lösung von Werkstatt zu Werkstatt, von Fabrik zu Fabrik gehen, die dadurch, daß ihre Verfindung mit Gefahr verbunden wäre, vollends den Schimmer eines neuen Evangeliums gewänne.“

Die Partei der „National-Zeitung“ hat es ja in der Hand, uns nicht zur Minorarbeit zu zwingen. — Zwingt man übrigens Jemanden zu einer Handlungsweise, so trägt man natürlich auch die volle Verantwortlichkeit dafür.

— Die „Berliner Freie Presse“ schreibt:

„Es ist noch immer unauferklärt, von welcher Seite Hödel-Lehmann die hundert Mark erhalten, über die er nachweislich zu verfügen gehabt hat. — Die Kugeln sind gleichfalls noch nicht gefunden. — Jedenfalls aber steht es nicht im Zusammenhang mit diesen noch unauferklärten Thatsachen, wenn jetzt von Seite der Reaktion Maßregeln gegen die sozialdemokratische Partei verlangt und angewendet werden.“

Was das Reisetgeld Lehmann's betrifft, so erfahren wir aus einer absolut zuverlässigen Quelle, daß dasselbe von dem bekannten Hrn. Sparig in Leipzig geliefert worden ist.

— Zwei Tage nach dem Attentat einen Wahlsieg errungen — das ist ein Ereignis, welches denjenigen zu denken geben sollte, die wie verzweifelt in das Horn der Reaktion stößen und das deutsche Volk zur Heerfolge in dem Feldzug gegen die Sozialdemokratie auffordern. In Pforzheim war es, wo am 14. d. M. die Sozialdemokratie bei der Neuwahl der ausscheidenden Stadtverordneten 3. Klasse den Sieg davontrug. Die „Hamburger Nachrichten“, denen über den Ausfall der Wahl aus Karlsruhe Mitteilung gemacht wird, nennen den Sieg unsrer Partei „ein wenig erfreuliches und grade in diesem Augenblick auffallendes Resultat.“ „Es stimmten“, berichtet das genannte Blatt, „von 2100 Wahlberechtigten 435 ab und brachte die gegnerische Partei der städtischen Verwaltung alle ihre 21 Bewerber durch, die zum großen Theil der sozialdemokratischen Partei und den Demokraten angehören. Von dieser Seite war auch eine Vorversammlung abgehalten worden, in welcher u. A. ein aus gewissen finanziellen Gründen nicht wahlberechtigter Sozialdemokrat und Agitator Lehmann der städtischen Verwaltung den dreifachen Vorwurf machen durfte, sie verstände nicht zu wirtschaften. Der ausgehängte Köder war, daß man die Kunst verstehe, die Gemeindebeamten auf ein Kleinstes herabzubringen. Von der andern Seite war gar nichts geschehen und erst in letzter Stunde wurde, ohne daß man recht wußte von wem, ein Wahlvorschlagn mit sehr ungeschickter und unpopulärer Auswahl aufgestellt. Alles in Allem haben bei dieser Wahl die Pforzheimer Sozialdemokraten einen Sieg errufen, und das zwei Tage nach einem erschütternden Ereignis, welches deutlich erwiesen, zu welchen Abscheulichkeiten ihre Lehren führen!“

Wir finden an dem Resultat der Wahl, so erfreulich es ist, durchaus nichts Auffälliges. Der Sozialismus hat nun einmal das Joug, in Kopf und Herz des Volkes feste Wurzeln fassen zu können, und alle „Attentäter“, das wird die Zukunft lehren, ist unvermeidlich, ihn aus dieser Stätte zu verdrängen.

— Ueberall Reaktion. Das Ministerium des Innern

Justiz in diesem Lande untergraben werden — sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Wahlen zum Landtag — und sollte dadurch ein scheinbares Resultat gewonnen werden, wodurch das Gegentheil von dem ausgesprochen wird, was wirklich in dem Herzen der Nation lebt; sie können nicht regieren mit einer freien Communal-Verwaltung; sie können auch schließlich nicht regieren mit einem Hause, in welchem die durch Art. 84 vorgesehene unbedingte Redefreiheit waltet!“

So sprach Simjon. Er hatte Recht. Sie können nicht mehr regieren mit dem Vischen Freiheit, das uns selbst ein Mantelstück noch gelassen hat! Beweis: die neuesten Lehmann-Gesetze.

— Noch eine Reminiscenz. Der erste Napoleon, gewiß eine Autorität bei allen Staatsmännern, hat in Bezug auf das Attentat, welches Charlotte Corday gegen den großen Staatsmann Marat verübte, erklärt, die ganze Autorität der Bibel sei dazu erforderlich, daß nicht auch das Attentat der Judith auf den König Holofernes als ein strafwürdiges Verbrechen allüberall anerkannt werde. Dieses Attentat der heuchlerischen Judith wird doch bekanntlich selbst von Religionslehrern als ein göttlich-gesetzliches hingestellt, ebenso wie die Mörderin Charlotte Corday von den Conservativen als eine Heldin und Märtyrerin gefeiert wird.

— Auch eine Berichtigung. Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt: Im dritten Absatz der ersten Spalte des gestrigen Abendblattes ist in der vierzehnten Zeile von unten zu lesen: Der Hödel, statt Herr Hödel.

— Zur Moralität der „besseren“ Gesellschaft. Vor Kurzem kam vor dem Ologauer Schwurgericht eine Anklage zur Verhandlung gegen den königl. Bau-Insp. Friedrich Bruno Ricker aus Ologau wegen Vornahme von unsittlichen Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren. Die Verhandlung, welche 6 Stunden dauerte, fand bei verschlossenen Thüren statt. Der Angeklagte wurde verurtheilt zu 1 Jahr 3 Monat Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre. Auch beschloß der Gerichtshof seine sofortige Verurteilung. — Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern! — Wer ist verrückt, der „Attentäter“ Hödel, oder der königl. Bau-Insp. Ricker? Antwort: Sie sind Beide nicht verrückt, sondern verrückt!

— In Anbetracht des drohenden Verbots aller sozialdemokratischen Versammlungen dürfte der Hinweis auf nachstehendes

des Königreichs Sachsen hat folgende merkwürdige (die „Vossische Zeitung“ sagt: „komische“) Verordnung erlassen:

„Es sind in jüngster Zeit an mehreren Orten in öffentlichen Versammlungen Vorträge gehalten worden, in welchen grobe Schmähungen gegen die christliche Kirche, ihre Einrichtungen und Gebräuche und die Gegenstände der religiösen Verehrung ausgesprochen worden sind, ohne daß deshalb der § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung kommen konnte. Ebenso ist auch in manchen jener Vorträge unter Schmähung und Herabwürdigung der christlichen Kirche zum Austritte aus letzterer aufgefordert worden. Dieses Gebahren kann fernere nicht geduldet werden. Denn abgesehen davon, ob und inwieweit dem letztgedachten Vorgehen die Strafbestimmung in § 9 des Mandats vom 20. Februar 1827 (Gesetzsammlung Seite 31) entgegensteht, wird durch derartige Vorträge, welche, eben weil sie in öffentlicher Versammlung gehalten werden, unter einen wesentlichen anderen Gesichtspunkt fallen, als etwaige kritische Erzeugnisse der wissenschaftlichen Literatur, das sittliche und religiöse Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung aufs Tiefste verletzt. Es ist deshalb in diesem Gebahren eine unsittliche Handlung im Sinne von § 5 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 zu erblicken. Nach diesem Gesetzesparagrafen sind aber alle solche Versammlungen verboten, deren Zweck es ist, unsittliche Handlungen oder etwaige Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern, oder dazu geneigt zu machen. Das Ministerium des Innern befindet daher, daß die Polizeibehörden anzuweisen sind, dergleichen öffentliche Versammlungen entweder im Voraus zu verbieten, wenn aus deren Ankündigung oder aus der Anzeige bei der Behörde zu erhellen ist, daß sie jenen Zweck verfolgen, oder, falls bei einer nicht beanstandeten Versammlung ein Redner sich in Äußerungen der obgedachten Art ergehen sollte, den Vordrängen in §§ 8 flg. des Vereinsgesetzes gemäß zu verfahren.“

Der Austritt aus der Landeskirche ist gesetzlich erlaubt. Die Aufforderung zu einer gesetzlich erlaubten Handlung kann weder bestraft noch verboten werden. Die preussische Polizei erblickte in solcher Aufforderung merkwürdigerweise „groben Unfug“ — die preussischen Richter entschieden selbstverständlich gegen diese politische Auffassung. Das sächsische Ministerium erblickt nun in der Aufforderung zu einer gesetzlich erlaubten Handlung sogar eine Unsittlichkeit. Mit den sittlichen Begriffen muß es in Dresden eine eigenthümliche Verwandtschaft haben! — so folgert hieraus die „Vossische Zeitung“ — wir bemerken noch dazu, daß es mit den Rechtsbegriffen dort, wie überall in Deutschland, eine noch eigenthümlichere Verwandtschaft hat.

— Ein Opfer des Kriegs. Am 13. ds. Mts. stürzte sich in Leipzig ein Student der Medizin aus einem Fenster des dritten Stockwerks auf das Straßenpflaster und blieb sofort todt. Die angelegte Untersuchung erdoh es über jeden Zweifel, daß ein Selbstmord, kein Unglücksfall vorlag. Das „Leipziger Tageblatt“ veröffentlichte unterm 14. ds. Mts. nachstehende Einzelheiten:

Der Unglückliche hieß Paul Kretschmar und war der Sohn eines sehr geachteten Schuldirektors in Dresden. Ende der sechziger Jahre studierte er zuerst hier Jurisprudenz, diente als Einjährig-Freiwilliger und wurde bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges unter die Fahne berufen, welcher er mit patriotischer Freudigkeit folgte. Kretschmar erhielt in der Schlacht bei Brieg am 2. Dezember 1870 eine schwere Verwundung im Bein, von welcher er sich niemals recht erholt hat. Nach dem Kriege wendete er sich der literarischen Laufbahn zu und übernahm die Stellung des Redakteurs der „Karlsruher Zeitung“, welche er mehrere Jahre lang mit voller Hingebung an die Sache bekleidete. Leider hatten ihm die Strapazen des Feldzuges noch ein anderes bedenkliches Leiden, eine Beeinträchtigung der Arm- und Handmuskeln, zugefügt, in dessen Folge sich ein ausgeprägter Strykelkrampf der rechten Hand entwickelte, welcher aller dagegen angewendeter Maßregeln spottete. Um das Maß des körperlichen Leidens voll zu machen, gestellte sich zu jenen Krankheiten noch ein sehr empfindliches Magenleiden. Kretschmar schied aus seiner Stellung in Karlsruhe und übernahm das Amt eines Sekretärs bei dem Reichsverein für Sachsen in Leipzig. Leider mußte er nur zu bald fühlen, daß seine körperliche Konstitution ihm auch die Erfüllung der Obliegenheiten dieses Amtes in dem Maße erschwerte, daß er daselbst niederlegte und zwar dem lebhaftesten Bedauern aller Der-

Interat, welches wir unserem Lieber Parteiorgan entnehmen, nicht ohne Nutzen sein:

„Die Bienen  
schwärmen nach dem Viehburger Holze!!!  
Sonntag, den 19. d. M., Morgens 6 Uhr.  
Sammeplatz am Bahnhof. Alle echten  
Arbeitsbienen laden freundlich ein  
Der Bienenvater.“

— Zum jüngsten Fadelzug unter den Linden. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Bei Gelegenheit des Fadelzuges sperrten die Schupleute — jedenfalls auf höherem Befehl! — die über die Linden führenden Straßen lange vor Erscheinen des Zuges nicht nur den Fuhrwerken, sondern auch den Passanten zu Fuß, wodurch viele derselben, z. B. Militärs, Hebeammen, Reisende u. A. in Verlegenheit gerieten. Es gab dies zu mancherlei Klagen Anlaß und hoffentlich wird bei einer nächsten derartigen Gelegenheit eine mildere Praxis eintreten, denn die Rigorosität macht den Einbruch, als sollte Jeder mit oder ohne Willen gezwungen werden, der Feierlichkeit beizuwohnen.“ Und nach solchen „Feierlichkeiten“ bemessen manche hochgestellte Leute die Stimmung im Volke!

— Ein Angstmeier heult in national-liberalen Blättern: „Die blutdürstige Charlotte Corday des Leipziger sozialdemokratischen „Vorwärts“ befinzt den Nordverich der Werra Saffulisch. Wir können leider nicht das ganze, ungemein lehrreiche Gedicht abdruck n, sondern müssen uns auf die gelungensten Strophen beschränken. Es heißt darin:

Dort ist der Vorkampf nun entbrannt  
Und fordert unsern Beifallsgruß  
Dort an der Neua eigem Strand,  
Da fiel bereit der erste Schuß.  
In Petersburg, da eilt herbei,  
Die Rührin mit festem Muth  
Und badete das harte Blei  
In siedenem Tyrannenblut.  
Bald kommt die Zeit, wo sich erhebt,  
Die Stadenjugend heldenhaft;  
Das Auge klar, den Geist belebt,  
Die Hand gestählt wie Eisenstast.

Die Frucht dieses in den sozialdemokratischen Zeitungen fast täglich zu lesenden Andreiens „Tyrannenmord“ ist das jüngste Attentat in Berlin! — Kul Kul Dem jammernden Angstmeier sei aber für künftige Fälle die wohlgemeinte Belehrung erteilt, daß die böse Charlotte Corday, die weiland einen Sozialdemokraten ermordet, für diese That von den Royalisten und Bourgeois in den Heiligenstand erhoben und hundertfach poetisch verherrlicht worden ist.

jenigen, welche ihm das Amt übertragen hatten. Kretschmar verzagte noch nicht ganz und beschloß, obgleich er bereits über die eigentlichen Studienjahre hinaus gerückt, noch Medicina zu studiren. Er gab sich mit dem größten Eifer diesem Studium hin und hatte, wie wir erfahren, bereits recht schöne Erfolge zu verzeichnen. Ein grauaames Schicksal aber legte sich aufs Neue mit seiner zerschredenden Macht dazwischen; die im Jahre 1870 erhaltene Säugwunde machte sich mit einem Male wieder durch große Schmerzen bemerklich, auch das Magenleiden trat abermals in heftiger Weise auf und es übermannte nunmehr den Unglücklichen die Verzweiflung. Er faßte den Entschluß, diesen Leiden ein gewaltiges Ende zu machen, und führte denn auch gestern Nachmittag seinen schrecklichen Entschluß aus. Ein an die hiesige Barschenschaft der Germanen, mit welcher er noch bis zur letzten Zeit in Verbindung stand, gerichteter Abschiedsbrief fand sich in seinem Zimmer vor, und er hat darin erklärt, er sehe nunmehr entschieden ein, daß er für alle Zeit ein elender Mensch sein werde, der seinen Platz in der Menschheit nicht ausfüllen könne und er ziehe den Tod einem derartigen Schicksal vor. Kretschmar war ein durchaus braver, redlich strebender Mensch, und Alle, die ihn gekannt, werden ihm ein freundliches Andenken bewahren.“

Wir haben zu dieser Geschichte nichts weiter zu bemerken, als daß der unglückliche Kretschmar sich, verglichen mit vielen Tausenden, noch in relativ günstiger Lage befunden hat! Welche Summe von Elend doch die Kriege über die Menschen verhängen, — natürlich nicht über die Empfänger von Dotationen und andere bedrohte Individuen. —

— Das Manifest der Nichtwahlberechtigten Ungarns, welches durch einen Theil der ungarischen Presse unbehandelt die Runde gemacht hat, ist plötzlich im Auftrag des Ministers des Innern konfisziert und der Satz, von welchem Extrabzüge gemacht wurden, versiegelt worden. Diese Maßregel, die völlig ungesetzlich ist, weil in Ungarn nur nach erhobener Anklage und auf Anordnung des Untersuchungsrichters eine Durchsicht konfisziert werden kann, wurde von dem Ministerpräsident Tisza, an den eine Beschwerde gerichtet worden war, damit motivirt, daß der Inhalt des fraglichen Manifestes zum Klassenhaß aufreize und auffordere. Welch perfides Motiv! Die ungarischen Arbeiter verlangen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und suchen das nichtwahlberechtigte Volk für dieses Verlangen zu gewinnen — und das soll zum Klassenhaß aufgereizt und aufgefordert sein? Aber freilich, wo eine Klassenherrschaft am Ruder ist, da heißt es Klassenhaß erregen, wenn gleiche Rechte und Pflichten für jeden Staatsbürger verlangt werden.

Nicht minder gewaltthätig verfahren die Behörden in Oesterreich mit den Arbeitern. So wurden die eingereichten Statuten zur Gründung eines politischen Arbeitervereins in Wien von der niederösterreichischen Statthalterei zurückgewiesen, „da nach den gemachten Wahrnehmungen derselbe sozialdemokratische Tendenzen verfolgen dürfte.“ So wird allüberall selbst von den Vertretern des Gesetzes den Arbeitern der gesetzliche Boden streitig gemacht. Aber wie noch jede Gewaltherrschaft, so wird auch die jetzige einmal ihr Ende nehmen.

— Ueber den Stand der orientalischen Krise lauten die Nachrichten so widersprechend, daß absolut kein Urtheil zu gewinnen ist. In den nächsten Tagen kehrt Schmaloff nach London zurück, und dann muß endlich einige Klarheit in die Situation kommen.

— Die Unruhen in Lancashire waren ernsthafter als es nach den ersten telegraphischen Berichten den Anschein hatte. Nicht bloß in Blackburn, auch in verschiedenen anderen Orten: Burnley, Accrington und einigen kleineren Plätzen fanden heftige Tumulte statt und wurden mehrere Fabriken demolirt. In einem Konflikt mit der bewaffneten Macht kam es nirgends — das Volk fraternisirte mit den Soldaten, die, wo sie sich zeigten, jubelnd begrüßt wurden. Es giebt natürlich Leute, denen dies sehr unangenehm ist und die es lieber gesehen hätten, wenn ein paar Duzend oder Hundert Arbeiter nach allen Regeln der Kunst militärisch erschossen worden wären. Blut wurde nur an einem Punkte vergossen: in Oswaldtwistle, durch einen Fabrikanten, der auf eigene Faust auf die anbringenden Arbeiter schiesse ließ; wie viele bei dieser Gelegenheit verwundet und getödtet wurden, ist noch unbekannt. Die Berichte gehn auseinander; nach den einen wäre bloß etwa ein Duzend Arbeiter verwundet und keiner getödtet, nach anderen wären auch mehrere getödtet worden. Alle diese Vorgänge liefern den schlagendsten Beweis, daß es nicht immer gut gethan ist, die Arbeitskraft des Arbeiters, von der die Person nun einmal unzerrenlich ist, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen. Der Hunger mahnt den Arbeiter, daß er nicht Waare, sondern Mensch ist, und jeder Versuch, ihn à tout prix zu einer solchen zu degradiren, muß zu gewaltthätigen Ausbrüchen des Unwillens führen. Von diesem rein menschlichen Standpunkte sind die Maßnahmen der Arbeiter in Blackburn und den angrenzenden Städten zu beurtheilen und zu erklären. Es ist daher um so gleichgültiger, wenn im englischen Oberhause Stimmen laut wurden, die den Arbeitern zumuthen, sich dem „Publikum“ gegenüber durch ihr ferneres wohlthätiges Verhalten zu rehabilitiren, und die Unruhen lediglich dem Auswurf des Arbeiterstandes zur Last legen. „Auswurf des Arbeiterstandes.“ Welch perfide Verwechslung der Begriffe! Der Auswurf des Fabrikantenthums war es, der durch sein schroff abweisendes Verhalten den nachgiebigen Anerbietungen der Arbeiter gegenüber den Geduldssabden der Letzteren zum Zerreißen brachte. Die Fabrikanten also und nicht die Arbeiter haben sich vor dem „Publikum“, dessen Urtheil übrigens keinen Pfifferling werth ist, zu rehabilitiren.

— Die nordamerikanische Bourgeoisie schmeißt Angst aus allen Poren. Sie wähnt angesichts der Wahlsiege der Arbeiterpartei das Ende ihrer Tage gekommen, und doch sind diese Wahlsiege noch gar sehr bescheidene zu nennen. Aber die Thatsache, daß überhaupt eine Partei existirt, die an einer Veränderung der bestehenden „Ordnung“ ein Interesse hat, und daß diese Partei festen Halt in der großen Masse des ausgebeuteten arbeitenden Volkes hat — diese Thatsachen sind hinreichend, die blasse Angst auf das Saust so dreist dreinschauende Antlitz der Bourgeoisie zu zaubern. Man lese nur, was der „Köln. Ztg.“ aus Amerika geschrieben wird:

„In ihrem Treiben, begünstigt durch die Rothlage, welche die seit Jahren andauernde Geschäftskrisis zur Folge gehabt, haben die Communisten in den Vereinigten Staaten eine so rege Thätigkeit entfaltet, daß sich der ordnungsliebenden Bevölkerung die Sorge bemächtigt hat, der kommenden Sommer möchte sich reich an Unruhen, ja an Aufständen und Kämpfen erweisen. So wird der „Times“ aus Philadelphia gemeldet: Von frechen Demagogen werden die großen Massen

mäßiger und verarmter Leute im ganzen Lande aufgereizt, sich für die von Seiten des Kapitals ihnen angeblich zugesagte Unbill Recht zu verschaffen. In häufigen und zahlreichen Versammlungen werden communistiche Brandreden gehalten und finden eifrige Zustimmung. Ihre Hauptlager haben die Communisten in San Francisco, St. Louis, Cincinnati, Chicago, New-York und der pennsylvanischen Kohlengegend. Die Polizei hält in den großen Städten überall die Augen offen. Die Besorgnis ist so stark, daß Bischof Stevens am 7. d. in Philadelphia bei Eröffnung der jährlichen Zusammenkunft der bischöflichen Kirche von Pennsylvania von der Bewegung sprach als einer Wolke, die nicht größer sei als eine Mannsfaut, aber in ein Unwetter ausbrechen könnte, ehe man ihrer Annäherung gewiß wäre. Dennoch man nun Aufstände befürchtet, so ist doch Sicheres darüber nicht bekannt. Den Ausbruch der Erhebung glaubt man allgemein in San Francisco erwarten zu müssen, wo die Communisten am besten organisiert, am stärksten vertreten und am lebtesten in ihrem Gebahren sind. Brechen Unruhen aus, so wird die Regierung ohne Zweifel ihre ganze Macht aufbieten, um sie zu dämpfen.

Daß die „republikanische“ Regierung „ihre ganze Macht aufbieten“ wird, um etwaige Unruhen zu dämpfen, daran zweifeln auch wir keinen Augenblick; ist sie doch, trotzdem sie sich republikanisch nennt, die Regierung derjenigen „ordnungsliebenden Bevölkerung“, die die ökonomische Unterjochung der Massen als ein Privileg betrachtet. Aber da liegt ja eben der Hase im Pfeffer — was diese „ordnungsliebende Bevölkerung“, die nur einen winzigen Bruchtheil der Gesamtbevölkerung umfaßt, „Ordnung“ nennt, das nennt die große Masse des Volkes „Unordnung“, und alles „Dämpfen“ wird auf die Länge der Zeit nicht verhindern, daß endlich solche Zustände Platz greifen, die von der Gesamtheit als Ordnung anerkannt werden.

— **Angst und Heulmeier.** Die Gothaer Stadtverordneten haben mit allen gegen 1 Stimme eine Resolution gefaßt, in welcher sie ihre Freundschaft „gegen die auf Umsturz gerichteten Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie“ betheuern, und dann schließlich der reichstreuen Welt ankündigen, daß sie es im Interesse des guten Rufes ihrer guten Vaterstadt Gotha für dringend nötig halten, den für die Tage vom 15.—18. Juni „vorgezogenen“ Congreß der Sozialdemokraten „nicht in Gotha geschehen zu lassen“. Seta!

— **„Die Zukunft“**, Sozialistische Revue. Das vor uns liegende 16. Heft enthält: Der Gewerbebetrieb durch den Staat und die Commune. — Der Einfluß des Privateigentums auf den Werth und die Vertheilung der Produkte. Morely, ein sozialistischer Schriftsteller des 18. Jahrhunderts. Von Dr. V. Simonowitsch. — Rezensionen.

— **Genosse Verbaumen in Belgien**, der wegen Majestätsbeleidigung zu 18 monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt ward, klagt sehr über seine Behandlung im Gefängniß, namentlich darüber, daß ihm — dem Redakteur des „Werker“ — die Beschäftigung mit literarischen Arbeiten unter sagt ist. In dieser durchaus ungerechtfertigten Maßregel liegt eine raffinirte Grausamkeit, die Brandmarkung verdient. Da Verbaumen's Familie durch die Haft des Ernährers alle Subsistenzmittel entzogen sind, haben die braven flämischen Genossen eine Subskription eröffnet, die wohl der Anfang zur Bildung eines festen Fonds sein dürfte. Mit dem Wachsen der sozialdemokratischen Bewegung werden auch dort die Verfolgungen wachsen. So will es nun einmal die Logik der Thatfachen. —

— **Es lehmannt schon.** In der letzten Sonntagsnummer unseres Berliner Parteiorgans lesen wir:

„Der erste Sturmwohl der neu verauslagten und verstärkten Reaktion ist da! Ohne Reichstagsbeschluss, ohne Genehmigung des Bundesrathes macht die Polizei das Unverblümt, was die Regierung „gesetzlich“ erst auf Umwegen erreichen will: die Aufhebung des Versammlungs-„rechtes“. Die auf heute einberufene Volksversammlung ist verboten; nicht etwa auf Grund einer neuen Gesetzesdefinition, sondern nach der altbewährten, unverwundlichen Schablone. Wada's Stellvertreter erließ an den Reichstagsabgeordneten Frihsche gestern Abend folgende Verfügung:

„Auf die Anzeige vom 18. d. M. wird Ew. Wohlgeboren hierdurch eröffnet, daß die Ertheilung der Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der „Volksversammlung“ am 19. d. M., in welcher nach den Beschlüssen der von Ihnen ebenfalls einberufenen Volksversammlung am 12. d. M. und nach einer von Ihnen unterzeichneten Annonce in der „Berliner Freien Presse“ die Wahl von Vertretern zu dem Sozialisten-Congreß in Gotha stattfinden soll, verlagert werden muß, weil das Polizei-Präsidium im Einverständnisse mit der königlichen Staatsanwaltschaft am Stadtgericht hier für erwiesen annimmt, daß diese Versammlung lediglich eine Fortsetzung der Thätigkeit der für Preußen geschlossenen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ bezweckt. Königlich-polizeiliches Präsidium. J. B.: v. Herzberg.“

### Correspondenzen.

**Bremen, 17. Mai.** „Das Attentat auf den Kaiser“ war die Tagesordnung einer am 16. Mai hierselbst abgehaltenen Volksversammlung, einberufen von den Sozialisten. Referent war H. W. Fried. Derselbe wies in einer sachlich gehaltenen Rede nach, daß alle die Verdächtigungen, welche jetzt auf die Sozialdemokratie gehäuft werden, nicht stichhaltig seien, und betonte namentlich, indem derselbe die Bestrebungen der Sozialdemokratie erörterte, daß keine Partei ihre Ziele und Bestrebungen so offen und frei aller Welt vor die Augen führt, und daß sie namentlich es sich zur Aufgabe macht, durch Wort und Schrift das Volk zur Bildung, zum klaren Denken heranzuziehen. Schon hierdurch allein sei bewiesen, daß die Sozialdemokratie weder direkt noch indirekt Schuld haben könnte an irgend einem Attentat, und sei deshalb ein solches Attentat auf die Sozialdemokratie energisch zurückzuweisen. Von Herrn Max Reiser ward alsdann folgende Resolution eingebracht:

„Die am 16. Mai in der Tonhalle in Bremen abgehaltene, von etwa 2000 Männern der verschiedensten Parteien besuchte Volksversammlung erklärt, daß sie das am 11. d. M. in Berlin verübte Attentat auf den deutschen Kaiser, welches auch die Ursachen desselben gewesen sein mögen, als ein gemeines Verbrechen auf das Entschiedenste verabscheut und erfrent ist, daß eine Verletzung irgend einer Person nicht statgefunden hat.“

„Die Versammlung hält jeden Versuch für eine Verletzung des ersten menschlichen Rechtes, des Rechtes auf die Existenz und jeden Mörder, ob er aus politischen oder persönlichen Motiven

das Leben eines Menschen vernichtet, ob er einen oder durch leichtsinniges oder herrschsüchtiges Heuchelschwören von Kriegen viele Menschen getödtet, für einen Verbrecher an den höchsten und ersten Gesetzen der Gesellschaft.“

„Politische Verbrecher dürfen nicht durch die gewaltsame Anmaßung des Richteramtes durch Einzelne gerächt werden, sie unterliegen der Bestrafung durch die gesetzlichen Richter eventuell das richtende Volk. Die Versammlung weiß, daß diese Anschauungen auch die der sozialdemokratischen Partei sind, und sie spricht darum entschieden aus, daß die traurige That nicht dem direkten Einflusse jener zuschreiben ist.“

„Aber auch indirekt kann sie nicht von jener verschuldet, nicht eine Folge der sozialistischen Agitationen sein, weil es die Grundlehre des Sozialismus ist, daß die gesellschaftlichen Zustände nicht das Produkt eines einzelnen, wenn auch noch so mächtigen persönlichen Willens sind, sondern entstehen aus den in natürlicher Entwicklung gewordenen Wirtschaftsformen und der Geistes- und Sittenbeschaffenheit der Völker und weil die Grundmoral des Sozialismus den Mord verabscheut. Wenn im Volke eine unzufriedene Erregung herrscht, so ist sie allein verschuldet durch die zerrütteten Erwerbsverhältnisse und durch die alle Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaftsform in grellem Licht zeigenden Besitz- und Machtcontraste. Indem die Sozialdemokratie das Volk über den innigen Zusammenhang der beklagten Mißstände mit den allgemeinen gesellschaftlichen Grundlagen aufklärt und als das Ziel des Kampfes für die wirtschaftliche und politische Befreiung die Umformung dieser, den Uebergang der Privatproduktion in die gesellschaftliche, genossenschaftliche Klar und bestimmt bezeichnet, lenkt sie den durch die Contraste erzeugten und genährten Haß der Armen ab von der Richtung auf einzelne Personen oder Personalkategorien.“

„Die Versammlung erblickt nur zwei Möglichkeiten der Erklärung des Attentates: entweder ist sie die Bergweilungsthat eines fittlich verkommenen und erwerblich unfähigen Menschen, oder aber eine niederträchtige Farce, bestimmt, Kaiser und Regierung in reaktionäre Bahnen zu drängen, zu Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokraten geneigt zu machen und das Volk zu bewegen, dies zu dulden und zu billigen.“

„Die Versammlung protestirt darum entschieden gegen alle Gesetzes- oder Polizeimaßregeln gegen irgend eine Partei aus Anlaß des Attentates.“

Zuerst erbat sich ein Herr Schröder das Wort, welcher zwar konstatiert, mit dem Referenten einverstanden zu sein, jedoch nicht begreifen kann, wie derselbe dazu kommt, das Prinzip der Sozialdemokratie zu erörtern; er habe geglaubt, die Versammlung sei nur deshalb einberufen, um auf „unsern guten Kaiser“ ein Hoch auszubringen. Den Worten folgt die That, und mit ihm stimmten ungefähr 30 Personen in das Hoch ein. — Der Referent, welcher dann das Wort nahm, machte dem Herrn Schröder die Nothwendigkeit, die sozialistischen Prinzipien zu erörtern, nochmals begreiflich und bemerkte auf den Vorwurf, kein Hoch ausgebracht zu haben, daß man von ihm als Republikaner so etwas nicht verlangen könnte, daß jedoch, einen Nothfall angenommen, der Kaiser vielleicht in dem Hause eines Sozialisten sicherer wäre, als in dem Hause eines Vörenden. — Die Annahme der Resolution ward alsdann von Reiser auf's wärmste befürwortet und erfolgte solche auch einstimmig. Alsdann ward die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Volk geschlossen.

**Königsberg i. Pr., 17. Mai.** Montag den 13. d. M. fand im großen Saale des Kniphöfischen Gemeindegartens eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Herr Arnoldt über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage referirte. Nach Schluß der Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heut im großen Saal des Kniphöfischen Gemeindegartens tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage vollständig einverstanden und spricht denselben hierdurch ihr größtes Vertrauen aus.“ — Zum 27. d. M. ist wieder eine Volksversammlung angekündigt, in welcher ein Deputirter zum diesjährigen sozialistischen Congreß gewählt und außer Anderem ein hier bereits angemeldeter Congreß-Antrag: „Ueber das Verhältniß der Sozialdemokratie zur Religion“ besprochen werden soll. —

**Schleswig, 14. Mai.** Sonnabend, den 10. d. M., hielten wir hier eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung ab, in welcher Herr Walther aus Kiel über „die politische Lage Europas“ sprach. Der Beifall, der dem Redner am Schluß seines Vortrags gezollt wurde, ist der beste Beweis, daß dessen Ausführungen von der Versammlung gutgeheißen wurden. — Ferner habe ich noch mitzutheilen, daß sich hier in Schleswig ein „Verband der Erd-, Bau- und Fabrikarbeiter“ konstituir hat, und begrüßen wir dieses Unternehmen mit Freuden. Wir haben uns gelobt, in dem Kampfe um unsere Menschenrechte mit aller Energie fortzuführen, damit auch wir bei der kommenden Reichstagswahl einen Sieg verzeichnen können.

**Hannover, 16. Mai.** Die Knappelpädagogik hat herrliche Früchte zu verzeichnen, nicht allein unter der Schuljugend, sondern auch in dem herrlichen Kriegerheer. Ein Soldat, der in einem hier garnisonirenden Regimente dient, ward von seinem Unteroffizier mißhandelt. Der Erfolg der Mißhandlung war, daß vermittelst eines Peitschenstieles oder eines andern ähnlichen Werkzeuges dem armen Sünder der eine Schulterhaken abgeprägt wurde. Der Arzt, welcher den Verletzten behandelte, hielt es für seine Pflicht, den lebenswürdigen Unteroffizier zur Bestrafung anzuzeigen. Da erschien der Hauptmann bei dem betreffenden Militärarzt und eruchte ihn, die Anzeige rückgängig zu machen welchem Ansinnen der Arzt so vernünftig war, nicht zu willfahren. Die Untersuchung wird also gegen den Prügelhelden eingeleitet werden. Sehen wir, was dieselbe bringen wird.

**Frankfurt a. M., 13. Mai.** Heute befand sich der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksfreund“, Genosse Schäfer, vor den Schranken der Strafanstalt. Er war angeklagt, das Militärbezirksgericht zu Würzburg und den Bierselweber Streimich beleidigt zu haben. Die Anklage basirte auf dem famosen § 131 des Reichs-Straf-Gesetzbuches: „Wer wissenschaftlich entstellte und erdichtete Thatfachen behauptet u. s. w.“ Der Staatsanwalt beantragte, da Schäfer noch mehrfache Gefängnißstrafen zu verbüßen hat, eine Zusatzstrafe von 4 Monaten. Der Gerichtshof entschied jedoch, daß Schäfer zwar der Beleidigung als schuldig erachtet werden müsse, da er jedoch sich auf vorhandene Thatfachen stütze, komme der § 131 nicht in Betracht und sei der Angeklagte deshalb nur wegen einfacher Beleidigung zu 3 Wochen Gefängniß zu verurtheilen.

**Friedrichsgrün bei Wildensfeld, 9. Mai.** Die Lage der hiesigen zahlreichen Weberbevölkerung ist ebenso traurig, wie die der arbeitenden Bevölkerung der ganzen Umgegend. Die Familien müssen sich so kümmerlich behelfen, daß sie nicht einmal den nöthigen Lebensunterhalt aufbringen können. Die hiesigen Weber, welche ihre Arbeit durch Faktoren erhalten, die dieselbe

aus der großen „berühmten“ Fabrikantenstadt Meerane holen, in der ebenfalls der Geschäftsgang ein miserabler ist, haben fast gar keine Arbeit mehr. In Werkstätten, wo sonst 3—4 Stühle im Gange waren, ist jetzt nur noch einer und auch dieser nicht voll beschäftigt. Und wenn man sich nach dem Verdienste erkundigt, so hört man, daß ein Familienvater, der das Glück hat, Arbeit zu haben, 6 Mark wöchentlich „verdient“, wovon oft eine Familie von fünf und noch mehr Personen leben soll. Da heißt es gar oft darben oder richtiger gesagt hungern! Und solchen Leuten will noch hier und da so ein Hansmurrst vorklamieren, sie möchten nur sparen. Man hat das berüchtigte Rezept, die Löhne zu rebuszieren, mit einem geradezu schredenerregenden Erfolge angewandt. Noth und Elend ist das Resultat! Allgemeine Volksverarmung ist die Folge, wo die Kapitalmacht die Arbeitskraft derartig ausbeutet. Soll der Noth und dem Elend ein Ende gemacht werden, dann muß die Macht des Kapitalismus gebrochen werden. Verufen, uns vom Elend zu erlösen, ist kein Geringerer als der Sozialismus. Auf ihn haben wir unser ganzes Hoffen gesetzt. Möchte die Stunde der Befreiung bald schlagen!

**Aus Forstberg, 4. Mai.** Die Philanthropie betrachtet den in der heutigen Gesellschaft grell und schreiend zur Erscheinung kommenden Klassen-Contrast wehmüthervoll. Hier strotzender Reichtum, sich brüstende Intelligenz, feine Bildung, Noblesse, Mode und Parfüm — dort drückendste Armuth, Unwissenheit, Geistesnacht, Rohheit, Haberdüsse und Gestank; — Zustände — deren Wendung zum Besseren auf gesetzlicher Bahn in der Aufgabe der Sozialdemokratie aller Länder liegt. Die Lehrerschaft — ganz vorzugsweise bestimmt zur Aufbesserung der sozialen Verhältnisse durch volle Entwicklung des Verstandes, Förderung der Wissenschaft und Aufklärung der Jugend — hat vollauf zu thun, den in so vielen Familien heute noch so häufig zu Tage tretenden traffen Aberglauben im kindlichen Gemüthe mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wie er zur Stunde noch in üppiger Blüthe steht — davon ein Beispiel: Jemand kaufte kürzlich für seine Haushaltung zur Auffütterung und Mast ein junges Schwein, das zur Beendigung der Hausfrau bedenklich erkrankte. Es stieg in ihr sofort der Gedanke auf, der Reib, die Böswilligkeit, die „Unvergungst“ der Leute sind Ursache der Erkrankung. Sie eilte, sich nahezu überstürzend, vom Stalle ins Haus, um so schnell als möglich wieder mit einer geweihten Palme in Verbindung mit drei Haselruthen und Tannenreisern, in eine Räucherpfanne gelegt, zurückzukehren. Sie zündete die Palme an, und im Nu war der ganze Stall so durchdränget, daß der Qualm durch alle offenen Fugen und Spalten zum Dache hinaus wirkte. So viel Capacität besaß die Frau, anzunehmen, daß Verstopfung oder Harnzwang die Ursache der Krankheit sein mochte, weshalb sie wieder in aller Eilefertigkeit in die Küche rannte, um eine Wehluppe mit Schmalz und Ricinusöl zu bereiten, sie in den höchsten drei Ramen mit Dreifingerring zu bestreuen und mit Weihwasser zu begießen. Damit fertig, ging sie rasch dem Stalle zu, schüttete dem Schwein das Medikament ein und das Thier war gerettet. Keuhlichen Fällen vorzubeugen, begab sie sich mit einem ähnlichen Medikament zu den nahe gelegenen P. P. Kapuzinern zum Zwecke priesterlicher Weihung, damit dasselbe künftig im Stalle als bleibendes Haubermittel diene.

**Briefkasten**  
der Redaktion: H. K. in B.: In der 10. Strophe fehlt ein Verdrüß. — R. in B.: Da der Irrthum weiter keine ähnl. Folgen gehabt, so lassen wir die Angelegenheit wohl auf sich beruhen. — Fr. A. in Siegburg: Das deutsche Strafgesetzbuch enthält meines Wissens keinen Paragraphen, der auf den betr. Fall anwendbar wäre, es müßte denn staatsanwaltliche Finesse auf den § 85 hin eine Auflage construiren. — J. J. in P.: Es lassen Sie doch das Pfäfflein schwaßen. Wer wird denn diese Leute, die sehr gut wissen, daß sie in einer sozialistischen Gesellschaft statt der „geistlichen“ nützliche Arbeit verrichten müssen, gleich so tragisch nehmen, wenn sie die Sozialdemokratie befeuern. Uebrigens galt der Kanzelsermon ja mehr uns als Ihnen. — St. in Forst: Ihr Schreiben der Expedition übergeben, die allein den Vertrieb des „Vorwärts“ und der Schriften zu besorgen hat. — J. in St. J.: Ist eingetroffen.

der Expedition: Frz. Ang. Reichenberg: Das Abonnement auf die „Arbeiterstimme“ durch die Post ist theurer, als wenn Sie durch uns oder direkt von Remport bezogen. Die Adresse lautet: Office „Arbeiter-Stimme“ 10 North William Street New York U. S. Bon uns bezogen kostet pro Quart. 3 M.

**Zur Beachtung.**  
Den Parteigenossen in der Provinz Hannover und Umgegend zur Nachricht, daß ich durch Verbißung der mit im letzten Wüchener Sozialistenprozeß zurkannten 1/2 monatlichen Gefängnißstrafe gegenwärtig verhindert bin, in der Agitation thätig zu sein. Etwasige Zuschriften während dieser Zeit bitte ich an J. Rudolph, Mittelstr. 11/12 zu richten.  
Hannover, 20. Mai 1878. H. Dehme.

**Halle a. S.** Alle hiesigen Sozialisten (R 166) werden hiermit eingeladen, am **Sonnabend, den 25. Mai, Abends**, zu einer Besprechung bei Ködiger, Fleischer-gasse 13, zu erscheinen.  
Die Sache ist dringend wichtig. A.

In 2. Auflage ist erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876.**  
Von **H. Bebel.**  
Preis pro Exemplar 30 Pfg.  
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Durch die Expedition der „Fackel“ in Leipzig, Kleine Fleischergasse 15, ist in dritter neu erschienener Auflage zu beziehen:  
**Herr Julian Schmidt**  
der Literaturhistoriker  
mit Seher-Scholien herausgegeben  
von **Ferdinand Passalle.**  
4 Exemplar 1 M. franco.  
Diese bedeutende Schrift wird hiermit den Parteifreunden, sowie dem gesammten Publikum bestens empfohlen. (36)

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rängel in Leipzig.  
Redaktion und Expedition: Fackelstraße 12 II in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.